

Merblatt zur Anmeldung

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen des Meldescheines die folgenden Hinweise mit Aufklärungen über Ihre **RECHTE** und **PFLICHTEN** sowie über die Zulässigkeit von **DATENÜBERMITTLUNGEN** aufmerksam durch.

Nach dem Meldgesetz NW hat sich **INNERHALB EINER WOCHE** anzumelden, wer eine Wohnung bezieht (§ 13); dies gilt auch bei einem Wohnungswechsel innerhalb der Gemeinde. Das Meldeamt stellt dabei allein auf den tatsächlichen Vorgang des Beziehens einer Wohnung ab, ohne dessen rechtliche Zulässigkeit zu regeln, so wird z. B. nicht geprüft, ob die vorgesehene Nutzung der Wohnung baurechtlich zulässig ist. Bitte achten Sie unbedingt darauf, daß Sie die vorgenannte Frist nicht überschreiten, da Sie andernfalls ordnungswidrig handeln und mit einer Geldbuße zu rechnen haben. Mit dem Meldeschein müssen Sie die Abmeldebestätigung der bisher zuständigen Meldebehörde vorlegen. Die schriftliche Einzugsbestätigung der Wohnungsgeberin/des Wohnungsgebers oder einer besourtagten Person ist beizufügen (§ 17); für diesen Zweck können Sie das als Anlage beigefügte Formular verwenden. Angehörige derselben Familie sollen gemeinsam einen Meldeschein verwenden, wenn sie bisher zusammengeohnt haben und auch jetzt in die gleiche Wohnung eingezogen sind. Bei mehr als vier Personen ist ein weiterer Meldeschein auszufüllen. Auf Verlangen haben Sie der Meldebehörde die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, die zum Nachweis der Angaben erforderlichen Unterlagen (z. B. Personalausweis) vorzulegen und bei der Meldebehörde persönlich zu erscheinen (§ 19).

Rechte

Sie haben nach § 8 des Meldgesetzes NW gegenüber der Meldebehörde hinsichtlich Ihrer Meldedaten ein Recht auf kostenfreie schriftliche Auskunft über Ihre Daten, Zweck und Rechtsgrundlage der Speicherung sowie Empfänger von Übermittlungen, Berichtigung unrichtiger Daten, Löschung nicht mehr erforderlicher oder unzulässig gespeicherter Daten und Unterrichtung über eine zu Ihrer Person bei Vorliegen eines berechtigten Interesses erteilte erweiterte Melderegisterauskunft (§ 34 Abs. 2). Ferner haben Sie ein Recht auf kostenfreie Einrichtung einer Übermittlungssperre im Falle einer Ihnen drohenden schwerwiegenden Gefahr (§ 34 Abs. 6) oder wenn Sie ein berechtigtes Interesse an der Verweigerung einer erweiterten Auskunft nachweisen (§ 34 Abs. 7). Zudem haben Sie ein kostenloses

WIDERSPRUCHSRECHT

gegen die Weitergabe Ihrer Daten (Vor- und Familienname, ggf. Doktorgrad, Anschrift) an Parteien, Wahlgruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Parlaments- und Kommunalwahlen (§ 35 Abs. 1), an Antragsteller und Parteien im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden sowie mit Bürgerentscheiden (§ 35 Abs. 2). Auskünfte über Ehe- und Altersjubiläen darf die Meldebehörde Mitgliedern parlamentarischer oder kommunaler Vertretungskörperschaften sowie der Rundfunk nur nach Ihrer **EINWILLIGUNG** erteilen (§ 35 Abs. 3). Eine Datenweitergabe an Adreßbuchverlage, ausschließlich zum Zwecke der Veröffentlichung in gedruckten Adreßbüchern, bei der eine Verknüpfung mit anderen personenbezogenen Daten nicht zulässig ist, darf nur erfolgen, sofern Sie zuvor schriftlich Ihre **EINWILLIGUNG** erteilt haben (§ 35 Abs. 4). Soweit die Datenweitergabe nur nach Einwilligung erfolgen darf, können Sie diese verweigern bzw. eine von Ihnen erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Auch im Zusammenhang mit der Erteilung oder dem Widerruf Ihrer Einwilligung dürfen Ihnen keine Kosten auferlegt werden. (Das Erfordernis der Einwilligung vor einer Weitergabe Ihrer Daten an Adreßbuchverlage gilt erst ab

dem 01.01.99. Vorher haben Sie ein Widerspruchsrecht. Die Wirkung des Widerspruchs ist bis zum 31.12.98 befristet. Sie können Ihre Einwilligung aber bereits jetzt erteilen. Diese Hinweise entfallen zum 01.01.99). Von Ihren

Widerspruchsrechten und der Möglichkeit zur Erteilung einer Einwilligung können Sie bei der Anmeldung durch Erklärung auf dem umseitigen Formular oder zu einem späteren Zeitpunkt Gebrauch machen. Für mitangemeldete Familienangehörige erhalten Sie auf Wunsch entsprechende Formulare von der Meldebehörde. Die Erklärungen können auch ohne die Verwendung dieses Formulars zu jeder Zeit abgegeben werden. Familienangehörige von Mitgliedern öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften, die nicht derselben oder keiner Religionsgesellschaft angehören, können von der Meldebehörde kostenfrei verlangen, daß Ihre Daten nicht übermittelt werden (§ 32 Abs. 2); dies gilt nicht, soweit Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen Religionsgesellschaft übermittelt werden. Familienangehörige im Sinne des Gesetzes sind der Ehegatte, minderjährige Kinder und die Eltern minderjähriger Kinder.

Zulässigkeit von Datenübermittlungen

Ihre Meldedaten dürfen nach dem Meldgesetz NW von der Meldebehörde übermittelt werden an die bisher zuständige Meldebehörde und die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden zur Gewährleistung der Richtigkeit der Melderegister (§ 30), an sonstige Behörden und öffentliche Stellen, wenn dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist (§ 31), an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben (§ 32), an private Stellen nach § 34 (nur Adreßdaten, andere Daten nur im Falle eines berechtigten oder öffentlichen Interesses) sowie an die Stellen nach § 35 (s.o. Abschnitt Rechte). Nach der Meldedatenübermittlungsverordnung NW dürfen die Meldedaten regelmäßig, d. h. regelmäßig wiederkehrend in allgemein bestimmten Fällen ohne Ersuchen der Empfänger im Einzelfall, übermittelt werden zur Überwachung der allgemeinen Schulpflicht und der Berufsschulpflicht, für die Ernung von Altersjubiläen und von Ehepaaren bei Ehejubiläen, für Zwecke der Gesundheitsaufsicht, für Aufgaben der Besteuerung, für Aufgaben nach dem Ausländerrecht, für polizeirechtliche Aufgaben, für Aufgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften, zur Aufgabenerfüllung der Leitstellen für Feuerschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, für Aufgaben nach dem Straßerverkehrsrecht, für Aufgaben in Zusammenhang mit dem Liegenschaftskataster, für die Erfassung von öffentlich geförderten Wohnungen, für Aufgaben der Versorgungsverwaltung sowie für die Feststellung der Rundfunkgebührenpflicht an die GEZ für den WDR. Nach der Zweiten Bundesmeldeidatenübermittlungsverordnung sind Meldedaten regelmäßig zu übermitteln im Hinblick auf Aufgaben der Kreiswehersatzämter, zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bezugs von Kindergeld an die Bundesanstalt für Arbeit, an den Postrentendienst über verstorbene Einwohner, zur Durchführung der Versicherung wegen Kindererziehung an die Datenstelle der Rentenversicherungsträger sowie bei Namensänderungen an das Bundeszentralregister. Nähere Auskünfte zu den vorstehenden Hinweisen erteilt Ihnen auf Wunsch die Meldebehörde.

WWW.PIRATENPARTEI.DE

Optoutday

17.09.09



DEINE WAHL!



**PIRATEN
PARTEI**

Klar machen zum ändern!

Wussten Sie, dass die für Sie zuständige Meldebehörde Ihre Daten weitergeben darf?

Wussten Sie auch, dass Sie dagegen Widerspruch einlegen können?

Wussten Sie nicht?

Dann wird es Zeit für den bundesweiten

OptoutDay

Nach all den **Datenschutzskandalen** der letzte Monate und dem erfolgreichen Experiment von Verbraucherschützern, die sechs Millionen illegale Datensätze erfolgreich kaufen konnten, sträubt sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und mit ihm die große Koalition immer noch dagegen, uns vor **Adresshändlern** und **Direktmarketingunternehmen** zu schützen.

Denn für diese Unternehmen gilt nach wie vor das sogenannte "Listenprivileg", das es ihnen erlaubt, listemäßig zusammengefasste, personenbezogene Daten zu erfassen und zu verarbeiten, **ohne dass der Verbraucher zustimmen** muss.

Wer das nicht möchte, muss diese Datenerfassung und -weitergabe **ausdrücklich widersprechen!**

Sie haben WIDERSPRUCHSRECHT!

X Gegen die Übermittlung Ihrer Daten im

Wege des automatisierten Abrufs über das Internet

X Gegen die Übermittlung Ihrer Daten an

Parteien, Wählergruppen und anderen Träger von Wahlorschlägen

X Gegen die Übermittlung Ihrer Daten an

öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen aufgehoben beziehungsweise zurückgezogen werden. Die Erklärungen können auch ohne die Verwendung dieses Formulars abgegeben werden. Im Zusammenhang mit den zuvor genannten Widerspruchs- bzw. Einwilligungsrechten werden Ihnen keine Kosten auferlegt.

Hinweis:

Unter keinen Umständen möchten wir die Arbeit in den Bürgerämtern oder die Mitarbeiter dortin irgendeiner Form belastigen oder diskreditieren. Dort arbeiten ganz normale Bürger genauso gewissenhaft und sorgfältig wie jeder andere auch. Wir bitten daher alle Beteiligten, sich vernünftig und höflich zu verhalten. Füllen Sie das Widerspruchsfomular vorher aus, um Zeit zu sparen, und blockieren Sie nicht den Arbeitsablauf.

Familienname, Doktorgrad, Vornamen

Geburtsdatum

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)

ERKLÄRUNG (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erhebe **WIDERSPRUCH** gegen die Weitergabe meiner Daten (Vor- und Familienname, ggf. Doktorgrad, Anschrift)

an Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlorschlägen im Zusammenhang mit Parlaments- und Kommunalwahlen; § 35 Abs. 1 MG NRW

an Antragsteller und Parteien im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden sowie mit Bürgerentscheiden; § 35 Abs. 2 MG NRW

im Wege des automatisierten Abrufs über das Internet; § 34 Abs. 1b MG NRW

Ich erteile meine **Einwilligung** zur Weitergabe meiner Daten (Vor- und Familienname, ggf. Doktorgrad, Anschrift) an

Mitglieder parlamentarischer und kommunaler Vertretungskörperschaften sowie an Presse und Rundfunk über Alters- und Ehejubiläen; § 35 Abs. 2 MG NRW

Adreßbuchverlage; § 35 Abs. 4 MG NRW

Ort, Datum

Unterschrift